

In den letzten Jahrzehnten verfügten wir über die Technologie, um Krankheiten zu beseitigen, die Millionen von Menschen befallen, und die Kapazität, um genug Nahrung für alle herzustellen. Doch tatsächlich geschah das Gegenteil: Millionen über Millionen sterben an heilbaren Krankheiten, und noch mehr Menschen hungern. Armut ist radikaler geworden: Arm zu sein bedeutete, ein Stück Land zu besitzen, das nicht mehr abwarf. Heute bedeutet es, nur den eigenen Körper zu besitzen. Wir beobachten einen Typ radikaler Armut im globalen Süden, aber auch in den reichen Ländern. Und wir haben die anwachsende Ungleichheit beobachtet, mit einer neuen globalen Klasse von Superreichen und der Verarmung der alten Mittelklassen. In Sektoren wie der Pharmaindustrie und bei den großen Nahrungsmittelkonzernen ist Profitmaximierung die dominante Logik. Der Zuwachs an Finanzialisierung der Marktwirtschaften in den letzten 20 Jahren hat die negativen Effekte der Logik der Profitmaximierung weiter verschärft.

*Aus dem Englischen von Effi Böhlke*

Daniela Dahn

## **Der Kapitalismus muss aufhören, er selbst zu sein**

Nun also zwingt der Kapitalismus uns die Systemfrage zu stellen – wer hätte das vor 20 Jahren gedacht? Ich wollte immer in einer Demokratie leben, aber nie im Kapitalismus. Das war mir schon in der DDR klar. Entsprechend gemischt waren meine Empfindungen und Erwartungen in der Wende und während des Einigungsprozesses. Als Gründungsmitglied des Demokratischen Aufbruchs hatte ich wie viele andere gehofft, die friedliche Revolution würde auf beiden Seiten zu Veränderungen führen. Denn eigentlich weiß man doch seit den Anfangszeiten des Club of Rom: Demokratie und Marktwirtschaft in ihrer gegenwärtigen Form sind ungeeignet, das Überleben der Menschheit zu garantieren. Doch der Aufbruch endete in einer Restauration, der Osten ist eine schlechte Kopie des Westens geworden.

Die dirigistische und undemokratische DDR ist nicht nur zurecht gescheitert – ihr Verschwinden hat langfristig auch den Weg frei gemacht, für neue Ansätze. Denn wenn die Niederlage nicht gleichzeitig die Lösung des Problems ist, gibt es dann nicht hinreichend Gründe, aus der Geschichte zu lernen und neu zu starten?

Ironischerweise hat diese Geschichte den Sozialismus in einem Moment untergehen lassen, in dem die Gesellschaft das, was der Kapitalismus am besten kann, eigentlich schon nicht mehr braucht: die Steigerung von Effektivität. Die moderne Technik hat soviel Zeit eingespart, dass sie nun im Überfluss zur Last wird. Geronnen im wachsenden Heer der Arbeitslosen. Ihre Zeit ist kein Geld. Sie kostet Geld. Es ist soviel brachliegende Zeit organisiert worden, dass Zeit im Grunde nichts Kostbares mehr ist.

Andererseits wird der Klimawandel uns lehren, unser Verständnis von Effektivität an die Vermeidung von Energieeinsatz und Transport zu koppeln, an den Verlust von Produktivität und Wachstum also. Die bedenkliche Zunahme an Stresskrankheiten wird hoffentlich zu der Einsicht führen, dass Leistungsdruck nicht beliebig gesteigert werden kann. Wenn der Kapitalismus überleben will, muss er lernen, Ineffizienz auszuhalten. Also Menschlichkeit, denn der Mensch ist von Natur aus ineffizient. Das System der Profitmaximierung muss ausgewechselt werden gegen die Vernunftmaximierung. Der Mensch ist ein vernunftbegabtes Wesen. Er verfügt über die Einsicht in die Notwendigkeit, aber nicht über die Freiheit, nach dieser Einsicht zu handeln.

Der Zwang zur Profitmaximierung hindert ihn daran. Kapitalismus ist permanente Steigerung der Effektivität. Wenn der Kapitalismus überleben will, muss er aufhören, er selbst zu sein.

Wie es ihm der Sozialismus vorgemacht hat. Die Schwierigkeit ist, dass dessen Ansatz gescheitert ist und dennoch, von klüger Gewordenen, wiederholt werden muss. Wie es unvollendete Revolutionen so an sich haben. Wollen sie eines Tages siegreich sein, dürfen sie sich keinen Rückgriff auf Dirigismus, auf Dogmatismus leisten – dann muss schon etwas auf dieser Welt noch nicht Dagewesenes herauskommen: Demokratie plus Gemeineigentum zumindest an den wichtigsten Naturgütern, Dienstleistungen und Produktionsmitteln. Und die im Privatbesitz verbleibenden Unternehmen unterlägen demokratischer Kontrolle. So wären wirtschaftliche Machtgruppen einzuengen.

Ist die repräsentative Demokratie so autonom, die Interessen der Kapitaleigner einzuschränken? Will sie es überhaupt sein? Nicht, um eine Politik gegen die Wirtschaft zu machen, sondern eine Wirtschaft für das Allgemeinwohl. Seinen Grünen hat der späte Joschka Fischer einst zugerufen: Ihr glaubt doch wohl nicht, dass ihr Politik gegen die internationalen Finanzmärkte machen könnt! Wenn er Recht hatte, dann kann Politik in der Marktwirtschaft endgültig einpacken. Soviel dürfte die andauernde Krise gelehrt haben. Wenn er nicht Recht hatte und es ihm nur an Kühnheit fehlte, dann ist Umdenken angesagt.

Der Arbeitsplätze vernichtende Shareholder Value, den ich mit Mehrhoher Value übersetze, wäre durch ein modifiziertes Börsengesetz weitgehend zu beschränken. Die viel gescholtenen Hedgefonds, die produktives Kapital durch Spekulation vernichten und mit ihrem Selbstvermehrungsanspruch von bis zu 40 Prozent Rendite ganze Volkswirtschaften ins Wanken bringen, sind verbotlich. Kanzler Schröder glaubte auch, nicht gegen die Wirtschaft regieren zu können. Dann regiert die Wirtschaft eben gegen die Politik.

Als gefährlichster Mann der Welt galt Finanzminister Lafontaine einst, weil er genau das wollte – Gesetze, die den Finanzmärkten das Heft aus der Hand nehmen. Damals haben ihn alle, selbst in seiner Partei, im Regen stehen lassen. Heute ist er immer noch der Einzige, der im Bundestag sagt: »Wir müssen gegen die internationalen Finanzmärkte regieren, um endlich wieder Ordnung in das System zu bringen.« Auch wenn heute alle ahnen, dass er Recht hat, verhindern mächtige Interessengruppen ein deutliches Abweichen vom Status quo.

Das ist die Kardinalfrage, von der niemand behaupten möge, sie sei geklärt: Wer macht die Regeln der Wirtschaft? Der staatliche Plan allein war dazu unfähig, aber die Finanz- und Kapitaleigner allein sind es auch. Die soziale Frage ist so ungelöst, wie lange nicht mehr. Wenn demokratische Politik nicht die Regeln der Wirtschaft und damit der bürgerlichen Gesellschaft bestimmt, klonen sich vor aller Augen Plutokratien. Erst in jüngster Zeit häuft sich eine Diagnose, die bislang tabuisiert war: Demokratie und Kapitalismus sind nicht identisch.

Unerlässlich für die Verteidigung der Demokratie wäre die Rückgewinnung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft. Wer ein solches Primat schon einmal erlebt hat, hält die Forderung weder für naiv, noch für unrealistisch. Die Lehre aus dieser Erfahrung besteht vielmehr darin, dass sich eine Politik, die ein Primat beansprucht, permanent demokratisch legitimieren muss. Diese Legitimation bekommt sie weder vom Politbüro, noch vom Markt. Gerade weil die Produktionsweise das bestimmende Element des Lebens ist, müssen ihre Regeln vom Souverän erlassen werden.

Das Ergebnis könnte eine gemischte Ökonomie mit vielfältigen Eigentumsformen sein, die eine neue Balance zwischen Markt und Plan findet, und weder zentralistisch noch dereguliert ist. Wenn aber Maximalprofit das einzige Unternehmensziel bleibt, müssen Löhne gesenkt und Belegschaften halbiert, die Arbeitszeiten erhöht, die Leistungen für Soziales und Forschung vermindert werden. Kaum hat die Konkurrenz nachgezogen, wird das Ganze zum allgemeinen Standard erklärt, ohne dass irgend ein sozialistischer Weltgewerkschaftsbund protestieren, geschweige denn ein sozialistisches Land Alternativen vorleben könnte. Diese Barrieren hat die so-

zialistische »zweite« Welt vielleicht als letzte Rache, mit sich fortgerissen. Erst nach der Sowjetära erfolgte der Sprung von der sozialen Marktwirtschaft zur radikalen.

Der dunkle Punkt des Kapitalismus besteht gerade darin, dass er die ihm Ausgesetzten bei Strafe ihres Unterganges zwingt, jeden Unsinn, jedes Risiko, jedes Übervorteilen mitzumachen, um so profitabel wie möglich zu sein. Niemand hat die Freiheit, davon abzuweichen. Wo kein Maximalprofit, da kein Kapitalismus. Wo keine Maximaleffizienz, da kein Überleben. Ein Hamsterrad ohne Schlupfloch, das nicht ruht, bis alle verhamstern.

Im privatkapitalistischen System gibt es zu viele Anreize, die dem Gemeinwohl widersprechen. Die Börse stimuliert falsch. Sie setzt ohne Vernunft auf kurzfristige Gewinne. Werden Leute entlassen, um die Verbleibenden härter auszubeuten, steigen die Kurse. Werden Renditeopfer wegen langfristiger nötiger Investitionen angemahnt, gibt es Kursverluste.

Darf der Staat künftig solche privatrechtlichen Beziehungen regeln oder darf das nur die Aktionärsversammlung? Das ist die Frage nach dem öffentlichen Eingriff in das private Eigentum, also die Frage nach dem Wirtschaftssystem. Doch gerade diese untaugliche Variable des westlichen Systems verteidigt sich leider hartnäckiger, als dessen absolut unverzichtbare Bestandteile: Demokratie, Rechtsstaat, Sozialstaat.

Der italienische Philosoph Paolo Flores d'Arcais warnt: »Immer häufiger sind daher Staaten, die wir als Demokratien bezeichnen, in Wirklichkeit Demokratien im Niedergang. Und es ist keineswegs ein bloßer Albtraum, wenn man fürchtet, Westen und Osten, erste Welt und zweite Welt würden unmerklich auf ein neues »Entwicklungsmodell« zusteuern: auf einen Kapitalismus ohne Demokratie.«

Immanuel Wallerstein, der Soziologie an der Yale University gelehrt hat, gibt uns immerhin noch eine Chance: »Wir können zuversichtlich davon ausgehen, dass das gegenwärtige System keine Zukunft hat. Doch welche neue Ordnung als Ersatz ausgewählt werden wird, können wir nicht voraussagen, denn diese Entscheidung erwächst aus dem Gegeneinander einer unendlichen Vielzahl von Einzelbestrebungen. Früher oder später aber wird ein neues System installiert. Das wird kein kapitalistisches System sein. Es wird jedoch möglicherweise weitaus schlimmer (noch polarisierender und noch hierarchischer) oder auch viel besser (nämlich relativ demokratisch, relativ egalitär) sein als ein solches. Das Ringen um die Auswahl eines neuen Systems ist jetzt die wichtigste, weltweit ausgetragene Auseinandersetzung unserer Zeit.«

Die Aufgabe besteht meines Erachtens darin, Demokratie und Rechtsstaat nicht nur zu verteidigen, sondern auszubauen, während gleichzeitig das ab-

solutistische kapitalistische Wirtschaftssysteme überwunden werden muss. Wollen wir zu einem demokratischen und sozialen Europa kommen, muss der Neoliberalismus durch eine Wirtschaftsdemokratie ersetzt werden.

Frank Bsirske

## **Gewerkschaftliche Alternativen in der Krise des Finanzmarkt-Kapitalismus**

Mit dieser Weltwirtschaftskrise geht die über 20-jährige Epoche des Neoliberalismus zu Ende. Sein Dogma ist der Glaube an die selbstregulierende Kraft des Marktes. Durch die Befreiung der Märkte von der vorgeblichen Last einer hohen Staatsquote, von den so genannten Fesseln politischer Regulierung, von der behaupteten Vormacht staatlicher Monopole, von der beklagten Dominanz eines Machtkartells der Tarifvertragsparteien sollte eine Dynamik frei gesetzt werden, die Wachstum, Wohlstand und Freiheit für alle schaffen sollte. Dieses Dogma ist nicht nur gescheitert, es hat die Krise mit verursacht.

Ausgelöst wurde die Krise durch immense Spekulationen: Gegenstand von Spekulationen waren Kredite unterschiedlicher Art (vor allem auf Kreditausfallversicherungen), Unternehmen, die von Private Equity- und Hedge Fonds aufgekauft wurden, Wertpapiere, ja sogar Rohstoffe und Nahrungsmittel.

Ermöglicht wurden diese Spekulationswellen durch die fast komplette Deregulierung der globalen Finanzmärkte. Es gab so gut wie keine Regeln, so gut wie keine funktionierende Aufsicht und schon gar keinen Versuch, die Geschwindigkeit und den Umfang dieser immensen Finanztransaktionen zu bremsen. Im Gegenteil: Jeder Vorschlag, den Casino-Kapitalismus einzugrenzen oder seine Dynamik zu bremsen, wurde strikt abgelehnt.

Basis des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus ist die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums hin zu den Finanz- und Kapitalmärkten. Die Börsenkapitalisierung der Unternehmen hat den Shareholder-Value zum Leitbild der Unternehmenspolitik und der Unternehmensführung gemacht. Die systematische steuerliche Entlastung der Bezieher hoher Einkommen, von Vermögensbesitzern und Unternehmen hat die Gewinne und Vermögen explodieren lassen. Dieses Geld floss dann auf der Suche nach der höchsten Rendite in hohem Maße in spekulative Kapitalanlagen. Zu-

sätzlich hat die Teilprivatisierung der Rentensysteme Kapital an die Börsen strömen lassen.

Der neoliberalen Politik der Privatisierung und Deregulierung stellen Gewerkschaften die Forderungen nach einer Re-Regulierung der Finanzmärkte, einem sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und der Demokratisierung der Wirtschaft entgegen. Die Finanzmärkte müssen einer konsequenten politischen Kontrolle unterworfen werden, die Korrekturen dürfen nicht nur kosmetischer Natur sein. Darum müssen alle Verabredungen der G20 schnell in die Praxis umgesetzt und wirksam werden. Auch in Europa muss die Kapitalverkehrsfreiheit, eine der vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes, eingeschränkt werden. Die strikte Kontrolle und Aufsicht aller Märkte, Akteure und Produkte, das Verbot hochspekulativer Anlagen, Vorschriften zur Eigenkapitalunterlegung von Krediten und Fondsgeschäften sowie europäische Mindeststeuersätze, um Steuerflucht und Steuerdumping zu verhindern, gehören zum Mindeststandard regulierter Finanzmärkte. Kreditinstitute sind Kapitalsammelstellen, deren Aufgabe es ist, Verbraucher und Unternehmen mit Geld und Kredit zu versorgen und den Handel finanziell abzusichern. Börsen sind Handelsplätze, wo sich Unternehmen mit Kapital eindecken und auf denen ihre Anteile gehandelt werden. Diese Funktionen müssen Kreditinstitute und Börsen wahrnehmen – und sie darauf zu beschränken, muss Ziel aller Regulierung und Aufsicht sein. Damit wird der Finanzmarkt-Kapitalismus nicht abgeschafft, aber in politisch definierte Schranken verwiesen.

Die Krise aber ist nicht nur die Krise eines deregulierten Finanzsystems. Sie ist auch die Krise eines globalen Entwicklungsmodells, das über die mit der Globalisierung verschärfte Konkurrenz zwischen Produktionsstandorten und der damit einhergehender Exportorientierung vieler Volkswirtschaften – in Europa insbesondere der deutschen – gigantische Leistungsbilanzungleichgewichte produziert hat. Dieses Entwicklungsmodell basierte auf systematischer Verschuldung der Defizitländer bei gleichzeitiger Lohnzurückhaltung und mangelndem privaten Konsum in Ländern wie der Bundesrepublik. Bedingt durch die Finanzmarktkrise und dem hohen Einkommensverlust vieler Menschen vor allem in den USA, der zum Wegbrechen der privaten Konsumnachfrage führte, sinken die Verkaufszahlen exportierter Güter und es verwandelt sich die Stärke der Exportökonomien nun in ihre Schwäche.

Die Alternative besteht in einer stärker binnenwirtschaftlichen Orientierung, bei der der private Konsum über Lohnsteigerungen und den Ausbau von Sozialleistungen stimuliert wird und über öffentliche Investitionen und staatliche Strukturpolitik ein Umbau der Ökonomie eingeleitet wird. Mit